

Panorama Nr.762 vom 17.01.2013

Zypern: Deutsche Hilfe für Steuerparadies?

Anmoderation

Anja Reschke:

Das klingt ja wiederum super. Zypern ist so gut wie pleite und wir sollen es retten. Zypern, das „Geldwäsche-Paradies für superreiche Russen“, wie es auch gerne mal bezeichnet wird. Ist natürlich schwer einzusehen, dass wir dafür mit deutschem Steuergeld eintreten sollen. Aber Zypern auch das Steuerparadies für superschlaue Deutsche. Zypern hat durch minimale Steuersätze jahrelang deutsche Unternehmen und Anleger angelockt und so unserem Fiskus Geld entzogen. Leider ging Zypern dabei pleite. Und dafür sollen wir jetzt zahlen. Klingt, als ob unsere Regierung da dringend mal ein paar ernste Worte sprechen müsste. Tut sie aber nicht. Tamara Anthony

Angela Merkel am Wochenende in Zypern. Der dortige Präsidentschaftskandidat freut sich über den Besuch. Denn Angela Merkel soll sein Land retten, mit vielen Milliarden Euro aus der EU und damit aus Deutschland.

Das Land ist so gut wie pleite. Keine Industrie, aber ein riesiger dubioser Banken- und Finanzsektor. Schön für den, der Schwarzgeld verstecken will und für alle, die keine Steuern zahlen wollen. Mit Mini-Steuersätzen wird ausländisches Kapital auch aus der EU angelockt, aber reich werden dadurch nur die Banker, nicht die Bürger.

O-Ton

Hans-Peter Burghof,
Finanzwissenschaftler:

„Man hat das Geschäft im Land. Dadurch profitieren natürlich die Mittelsmänner im Land. Die haben entsprechende private Einnahmen, aber der zypriotische Staat bleibt trotzdem arm und das lässt man dann auch noch die betroffenen Länder, wo man vorher das Geschäft abgezogen hat, auch noch über den Eurorettungsschirm bezahlen. Das ist einfach infam.“

Der Reihe nach. Ein schlagendes Beispiel aus Deutschland: Hier, dieses Kreuzfahrtschiff auf dem Main. Sieht aus wie ein einfacher Ausflugsdampfer, ist in Wahrheit aber eine trickreiche Geldanlage, die steuerfreie Gewinne verspricht - Zypern sei Dank.

Die Schiffe gehören nämlich zur Flotte der Premicon AG in München. Premicon bewirbt die Schiffe als hochattraktive Kapitalanlage: Denn sie werden über Zypern betrieben, und die Anleger profitieren von den dortigen niedrigen Steuersätzen. Sie zahlen genau 0%. Es ist das sogenannte „Zypernmodell“.

In Augsburg ist Premicon-Gesellschafterversammlung. Wir dürfen nicht rein, treffen die Teilhaber an diesen Schiffen aber draußen vor der Tür:

O-Ton

Umfrage mit Premicon-Anlegern:

Panorama: „Premicon wirbt auch damit, dass so gut wie keine Steuern anfallen wegen des Zypernmodells. Finden Sie das okay?“

Anleger 1: „Sonst würde ich ja nicht hier investieren. Ich hab ja nichts zu verschenken.“

Anleger 2: „Entscheidend für mich ist, was unterm Strich rauskommt.“

Panorama: „Hier ist es ja auch so, dass die Gewinne über Zypern ausgeschüttet werden. Finden Sie das gut?“

Anleger 3: „Ich finde das nicht okay, aber ich nutze es.“

Wir fahren nach Zypern. In das Steuerparadies. Hier also soll das Zentrum der Flusskreuzfahrt sein. Dabei gibt es in Zypern keinen einzigen wirklichen Fluss. Selbst der größte unter ihnen wirkt für Kreuzfahrten eher ungeeignet.

Wir suchen die Premicon-Filiale auf Zypern, über die das Geschäft läuft. Hier bei der Behörde für Unternehmensaufsicht müssten Unterlagen zu finden sein.

Der Behörden-Chef führt uns durch die Büros. Doch Unterlagen über Premicon kann er uns erst mal nicht geben. Hier ist noch wenig digitalisiert. Antworten, wem welches Unternehmen gehört, gibt es auf Zypern eher nach Monaten – wenn überhaupt.

Und ausländische Kapitalanleger scheinen diese fröhliche Unübersichtlichkeit zu lieben.

O-Ton

Spyros Kokkinos,

Unternehmensregister Zypern:

„Man braucht kein wirkliches Büro, um sich in Zypern als Firma niederzulassen. Man kann sich auch unter der Adresse eines Anwaltes oder Ähnliches registrieren. Deswegen sieht man an manchen Gebäuden die Firmenschilder von 20 Unternehmen.“

Tatsächlich arbeiten in Zypern für Premicon Angestellte in Unterfirmen. Ein kompliziertes Unternehmensgeflecht. Typisch für Zypern.

Die zypriotische Behörde teilt uns die offizielle Adresse jedenfalls von Premicon-Cruises in Zypern mit. Hier in diesem Gebäude soll also der Rechtssitz des Unternehmens sein, über welches die deutschen Anleger offenbar so günstig davonkommen. Kein Unternehmensschild – nichts. Eine Briefkastenfirma? Wir fragen nach bei den Anwohnern im Haus.

O-Ton

Nachbar:

„Ich weiß nichts von einem Unternehmen hier.“

Alles im Einklang mit zypriotischen Gesetzen, sagt uns später der Premicon-Chef. Er rechtfertigt sein Modell im flussfreien Zypern. Das Land habe halt fähige Schiffs-Manager.

O-Ton

Alexander Nothegger,

Premicon AG:

„Wir nutzen Zypern – das ist ein ganz, ganz traditioneller Schifffahrtstandort, der viele Vorteile für uns, für den Schiffsbetrieb führt. Also wir sitzen zwar jetzt als Premicon AG in München, aber klar: Unsere Schiffe fahren ja letztendlich, wenn Sie wollen, in ganz Europa.“

O-Ton

Hans-Peter Burghof,
Finanzwissenschaftler:

„Man könnte jetzt behaupten, dass da halt eine Konzentration von Kompetenz in dem Management solcher Schiffe liegt. Ich vermute aber eher, es ist eine Konzentration an Kompetenz im Steuersparmodellen.“

Steuern sparen dank Zypern. Praktisch für die wohlhabenden Deutschen. Blöd dagegen für all die braven Steuerzahler, die jetzt auch noch Zypern retten sollen.

Und was macht die Bundesregierung? Seit sechs Monaten wird über die Bedingungen für die Milliardenhilfen verhandelt. Doch der Vorvertrag - das sogenannte Memorandum of Understanding - enthält in diesem Punkt quasi nichts. Ein Interview zu diesem Thema will uns von der Regierung niemand geben.

O-Ton

Panorama:

„Frau Merkel, können wir noch ein Interview... Frau Merkel zu den Zypern-Hilfen -?

Nachfrage auf der Regierungspressekonferenz in Berlin:

O-Ton

Panorama: „Im Memorandum of Understanding ist ja gerade nicht die Rede von der Bekämpfung der Steuerdumpingsätzen, warum nicht? Und die zweite Frage ist: gehört es denn oder inwieweit ist es überhaupt eine Zielsetzung der Bundesregierung von diesen Steuerdumpingsätzen wegzukommen.“

Johannes Blankenheim, Sprecher Bundesfinanzministerium: „Also ich habe Ihnen jetzt Auskunft gegeben zu dem Stand der Dinge, der bekannt ist und ansonsten... es wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass gerade Steuer-Transparenz ein wichtiger Punkt ist auch für unseren Minister und dem kann ich jetzt an dieser Stelle nichts hinzufügen.“

O-Ton

Carsten Schneider, SPD
Bundestagsabgeordneter:

„Deutschland hat eine extrem starke Position, gegen Deutschland gibt es keine Beschlüsse auf europäischer Ebene und wenn Herr Schäuble tatsächlich wollte, dass es faire Steuersätze im Gegenzug zu Solidarität und Krediten auch gibt, dann hätte er das durchsetzen können. Da ist allerdings überhaupt nichts passiert. Weder was das Schwarzgeld betrifft, noch das Steuerdumping. Dem muss aber ein Garaus gemacht werden.“

Autoren: Tamara Anthony, Nils Casjens
Kamera: Helmut Fischer, Oliver Lück
Schnitt: Martin Pagels, Alexandra Karaoulis